

Quoten-Debakel ohne Ende

Die Schweizer Fernsehsender tappen weiterhin im dunkeln: Die Firma, die im Auftrag des Bundes Zuschauerzahlen misst, ist es nicht gelungen, den Fehler im neuen System zu beheben. TV-Macher fürchten um ihre Werbekunden.

MARINA WINDER

Marco de Stoppani war es sichtlich peinlich, als er gestern vor die Medien trat. Der Verwaltungsratspräsident der Mediapulse AG hatte schlechte Nachrichten: Seine Firma kann immer noch keine Zuschauerzahlen liefern. Ein Zustand, der nun schon seit Anfang Jahr besteht. Für die Fernsehanstalten sind die Zuschauerzahlen essenziell. Nach ihnen richtet sich der Preis, den die Werbekunden für eine bestimmte Sendezeit zu zahlen bereit sind. Ohne Quoten fehlt den TV-Anstalten die Legitimation für ihre Preispolitik – und die Werbekunden wissen nicht, was sie für ihr Geld bekommen.

Schrei nach Quoten

«Die Werbekunden schreien nach den Quoten», sagt André Moesch. Er ist Geschäftsleiter der Ostschweizer Regionalsender TVO und FM1, Präsident von Telesuisse, dem Verband der Schweizer Regionalfernsehen, sowie Verwaltungsrat der Mediapulse AG. Im Verkauf stellten die fehlenden Zuschauerzahlen ein grosses Problem dar, sagt er. «Es besteht viel Erklärungsbedarf. Einige Kunden wollen abwarten. Das spüren wir natürlich sofort in unseren Umsatzzahlen.»

Als kleiner Sender nutzt TVO keine Zahlen für einzelne Sendeformate, sondern Durchschnittszahlen für das gesamte Programm. Bei grösseren Sendern ist das anders. Die erhobenen Zuschauerzahlen haben deshalb Einfluss auf die Programmgestaltung. Die Quote entscheidet darüber, ob eine Sendung im Programm bleibt, raus fliegt oder die Sendezeit wechselt. Seit keine Zahlen mehr vorliegen, befinden sich die Fernsehsender im Blindflug. So hat SRF keine Ahnung, ob die von ihm hochgejubelte Sen-



Bild: SRF/Paolo Foschini

TV-Sender im Blindflug: Niemand weiss, wie «The Voice of Switzerland» beim Publikum ankommt.

der beim Zuschauer ankommt. So ist es möglich, eine Fernsehsendung zu identifizieren, selbst wenn sie Tage nach der Ausstrahlung betrachtet wird. Gemäss Stoppani wird das System in 50 000 Haushalten in 30 Ländern verwendet. In der Schweiz seien 2100 Haushalte angeschlossen.

Kritik am alten System

Die Mediapulse AG erhebt die Daten im Auftrag des Bundes. Auf Ende 2012 schaffte sie das alte Messsystem Telecontrol ab und setzte ein neues ein. Idee war, damit auch zeitversetztes Fernsehen und den TV-Konsum im Internet berücksichtigen zu können. Bei der neuen Technologie wird der vom Fernsehsender ausgestrahlte Ton mit demjenigen verglichen,

der beim Zuschauer ankommt. So ist es möglich, eine Fernsehsendung zu identifizieren, selbst wenn sie Tage nach der Ausstrahlung betrachtet wird. Gemäss Stoppani wird das System in 50 000 Haushalten in 30 Ländern verwendet. In der Schweiz seien 2100 Haushalte angeschlossen.

Schon Anfang Januar zeigte sich ein erstes Problem: Sendungen, die auf verschiedenen Sendern laufen, konnten nicht richtig zugeordnet werden. Dieser Fehler konnte gemäss Stoppani behoben werden. Doch sofort tauchte ein neues Problem auf: Die erhobenen Daten wichen stark von den Erfahrungswerten der Vorjahre

ab. So stark, dass die TV-Macher den Daten nicht trauten. Auf Mediapulse wurde Druck ausgeübt, die Daten nicht zu veröffentlichen. Wer ein Publikationsverzicht verlangte, sagte Stoppani nicht. Die Forderung sei von verschiedenen Seiten gekommen – mündlich, schriftlich und auch von Anwälten. Rechtliche Schritte seien zwar noch nicht eingeleitet, aber in Aussicht gestellt worden.

Experten hinzugezogen

Auch André Moesch zeigt sich froh darüber, dass die Daten in ihrer aktuellen Form nicht veröffentlicht wurden. «Erst muss der Fehler gefunden werden. Die vor-

liegenden Zahlen sind nicht nachvollziehbar.» Derzeit überprüfen Experten, ob Aufbau und Betrieb des neuen Messsystems den internationalen Standards genügen. Zudem soll abgeklärt werden, ob die Abbildung der regionalen Eigenheiten der kleinräumigen Schweiz gerecht wird. Die beiden Berichte sollen in der ersten Märzwoche vorliegen. Dann haben die Kunden Gelegenheit, sie zusammen mit den Experten zu begutachten. Bis dahin wird laut Stoppani weiterhin täglich gemessen. Die Daten werden den Kunden zur Verfügung gestellt – vorerst aber noch mit dem Vermerk «streng vertraulich».

JOURNAL

Bern und Vaduz wollen stärker kooperieren

Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein wollen in der Sicherheit enger zusammenarbeiten. Bundespräsident Ueli Maurer und Liechtensteins Regierungschef Klaus Tschütscher unterzeichneten in Vaduz eine Absichtserklärung. Mögliche Bereiche sind die Abwehr von Cyber-Risiken, der Bevölkerungsschutz und gemeinsame Übungen, wie das VBS mitteilte. (sda)

Nutztier-Medikamente teurer als im Ausland

Die Preise für Nutztiermedikamente sind in der Schweiz deutlich überhöht, wie ein Vergleich des Preisüberwachers zeigt. Verglichen wurden die Schweizer Herstellerpreise von 28 Medikamenten mit den Preisen in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Dänemark und Österreich. Im Schnitt müssen Schweizer Veterinäre und Apotheker 70 Prozent mehr bezahlen als ihre ausländischen Kollegen. (sda)

Neuenburg lockert Ladenöffnungszeiten

Der Kanton Neuenburg erweitert die Ladenöffnungszeiten leicht. Der Grosse Rat hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf mit 89 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Vorlage erlaubt Ladenbesitzern, den Ladenschluss von Montag bis Freitag von 18.30 auf 19 Uhr zu verschieben. Am Samstag und an Feiertagen wird er von 17 auf 18 Uhr verschoben. (sda)

«Vasellas Kehrtwende kommt zu spät»

Die Millionenschädigung von Novartis-Präsident Vasella hätte gar nie kommuniziert werden dürfen, sagen Experten. Auch die gestrige Verzichtserklärung wird massiv kritisiert.

ROMAN SCHENKEL

Gegen den Druck der Öffentlichkeit gibt es keine Impfung. Er hat schon viele Manager und Politiker in die Knie gezwungen – den ehemaligen Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand, den Stadtzuger Finanzdirektor Ivo Romer oder den ehemaligen ABB-Chef Percy Barnevik, um drei Beispiele zu nennen. Nun hat es auch Daniel Vasella erwischt, von dem man eigentlich gemeint hatte, er sei gegen Kritik von aussen immun. Der höchstbezahlte Manager der Schweizer Wirtschaftsgeschichte hat in der Vergangenheit sein Millionensalär stets mit Vehemenz verteidigt. Gestern morgen aber gab Novartis bekannt, dass Vasella und der Verwaltungsrat sich entschieden hätten, das Konkurrenzverbot und die damit verbundene Entschädigung von bis zu 72 Millionen Franken «aufzuheben».

Tagelang im Trommelfeuer

Das Bekanntwerden dieser – laut Vasella – «marktüblichen Vergütung» am vergangenen Freitag hat die Schweizer Volksseele zum Kochen gebracht. Das Trommelfeuer, dem Vasella und Novartis in den letzten Tagen ausgesetzt waren, hat nun Wirkung gezeigt. «Ich habe verstanden, dass in der Schweiz viele den Betrag für die

Einhaltung des Konkurrenzverbots als unverhältnismässig hoch empfinden, trotz der Tatsache, dass ich meine Absicht bekanntgab, den Nettobetrag für wohltätige Aktivitäten zur Verfügung zu stellen», wird Daniel Vasella in der Mitteilung zitiert. Der Verwaltungsrat betont, dass er zwar an den Wert eines Konkurrenzverbots glaube. Dennoch trage man mit der Entscheidung, die Vereinbarung aufzuheben, den Bedenken der Aktionäre und weiteren Anspruchsgruppen Rechnung.

«Gar nicht kommunizierbar»

Für den Kommunikationsberater Roland Binz war dieser Schritt «unabwendbar». «Der Entscheid kommt aber viel zu spät», sagt Binz. Dem Unternehmen und Vasella hätte es von Anfang an klar sein müssen, welch empörende Wirkung diese Neuigkeit haben wird. Eigentlich sei die Abgangsentzündung für Vasella gar «nicht kommunizierbar». «Insbesondere in der aktuellen politischen Situation rund um die Abzocker-Initiative», sagt Binz. Man hätte deshalb zwingend darauf verzichten müssen.

Kein gutes Haar lässt der Kommunikationsexperte an der Strategie von Vasella: «Zuerst herrschte die totale Intransparenz, da-

nach folgte die übliche Salami-taktik.» Am Anfang wollte Vasella den Betrag spenden, nun folgt der Verzicht. «Dieses häppchenweise Zurückkreben schadet der Glaubwürdigkeit enorm», sagt Binz.

Novartis will Ruf schützen

Binz ist überzeugt, dass die Auflösung des Vertrages ein «knallhartes wirtschaftliches Kalkül» war. Novartis als Unternehmen versuche, nach dem Entrüstungsturm seine Reputation zu schützen. Der Verwaltungsrat



Bild: epa/Gaëtan Bally

Novartis-Campus in Basel.

habe eingesehen, dass der Schaden viel höher sei als der Nutzen, welcher der Firma das Konkurrenzverbot für Vasella einbringen würde. «Vasella musste deshalb im Interesse des Konzerns auf die 72 Millionen Franken verzichten», sagt Binz. Trotz des Verzichts sei der Reputationsschaden aber enorm. «Vasella und Novartis werden an der Generalversammlung vom kommenden Freitag massiv Kritik einstecken müssen.» Und auch in den kommenden Wochen rund um die Abzocker-Initiative dürfte Vasella weiterhin am Pranger stehen. «Die Volksseele wird sich so rasch nicht abkühlen», sagt Binz, «insbesondere weil der Verzicht ohne jeden Hauch von Selbstkritik kommuniziert wurde.»

Die Meinungen sind gemacht

Und was bedeutet der Richtungswechsel von Vasella und Novartis für die Abzocker-Initiative, über die am 3. März abgestimmt wird? Der Zürcher Politgeograph Michael Hermann geht nicht davon aus, dass dies den Gegnern der Initiative etwas nützen wird: «Viele unentschlossene Wähler haben ihre Meinung nach dem Schlüsselereignis vom letzten Freitag gemacht», sagt Hermann gegenüber «Cash». Die negative Wirkung sei zu stark gewesen.

Bund regelt Details zu den Asylzentren

Der Bund will Kantonen mit Bundeszentren jährlich 110 000 Franken pro 100 Asylsuchende zahlen. Für die Aufnahme von renitenten Asylsuchenden gibt es den doppelten Betrag.

BERN. Das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat gestern eine Anhörung zu den vorgeschlagenen Bundeszentren für Asylsuchende eröffnet. Gemäss den Plänen des EJPD entrichtet der Bund einen Betrag von 110 000 Franken pro 100 Plätze. Den doppelten Betrag sollen Kantone erhalten, die ein Zentrum für renitente Asylsuchende beherbergen.

Kontingent wird angerechnet

Der Kanton Zürich, der 500 Asylsuchende in einem Testzentrum unterbringen will, würde damit jährlich rund 550 000 Franken erhalten. Die Pauschale entspricht laut dem EJPD den voraussichtlichen Kosten. Bei der Zuteilung von Asylsuchenden will der Bund den Kantonen die Plätze an ihr Kontingent anrechnen. Beherbergt ein Kanton 100 Personen in einem Bundeszentrum, muss er 100 Personen weniger aufnehmen. Die Asylsuchenden sollen nach dem Zufallsprinzip zugeteilt werden.

Testphase bis September 2015

Geregelt werden auch die Einzelheiten zu den Zentren für renitente Asylsuchende. Der Aufenthalt in einem solchen Zentrum darf maximal 140 Tage dauern. Über die Zuweisung entscheidet das BFM. Die geplanten Bundeszentren gehen auf einen Entscheid des Parlaments zurück. Dieses hatte im Herbst 2012 dringliche Änderungen des Asylgesetzes verabschiedet. Die Testphase für die Bundeszentren dauert längstens bis zum 28. September 2015. (sda)

Patrouille Suisse künftig ohne Kreuz

BERN. Die Schweizer Luftwaffe wird weiterhin eine Kunstflugstaffel haben, aber nicht in Rot-Weiss. Die Reaktionen auf das mögliche Aus für die Patrouille Suisse hätten ihn überrascht, sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer gestern in der «Südostschweiz» und der «Nordwestschweiz». «Es ist ja schon seit Monaten klar, dass mit der Ausmusterung der Tiger F-5 die Patrouille Suisse in ihrer heutigen Form nicht mehr bestehen wird.» Würden die Tiger F-5 erhalten, hätte die Luftwaffe nach dem geplanten Kauf der schwedischen Gripen drei Flotten: die F/A-18, die Gripen und die Tiger. Dies würde laut Maurer gegenüber heute 30 Millionen Franken zusätzlich kosten. «Das können wir uns nicht leisten.» Eine Kunstflug-Formation wird die Schweizer Luftwaffe laut Maurer aber weiterhin haben. Allerdings könnten die Flugzeuge nicht mehr mit dem Schweizer Kreuz bemalt werden. Künftig habe die Schweiz nur noch 55 Kampfflugs, sagte Maurer. «Davon können wir unmöglich zehn Stück bemalen lassen.» Ob die Patrouille Suisse künftig mit dem Gripen oder mit dem F/A-18 fliegen wird, ist noch offen, wie Maurer sagte. Vergangene Woche hatte Maurer in der nationalrätlichen Sicherheitskommission bekanntgegeben, dass die renommierte und im Volk beliebte Patrouille Suisse 2016 möglicherweise zum letzten Mal aufsteigen werde. (sda)